

Preisentwicklung in Österreich nach dem EU-Beitritt und in der Währungsunion

Mit dem EU-Beitritt, der Teilnahme im Binnenmarkt und dem dadurch verstärkten Wettbewerb verband die Bevölkerung Österreichs vielfach die Erwartung sinkender Preise. Rückblickend hat sich diese Einschätzung teilweise erfüllt. Die Inflationsrate halbierte sich im Dezennium 1995 bis 2004 auf 1,5% p. a. (1987 bis 1994: 2,7%). Anfängliche Preisrückgänge wie im Nahrungsmittelsektor, später auch in einzelnen Dienstleistungsbranchen (z. B. Versicherungen), waren allerdings zumeist von kurzer Dauer. Anhaltende und teils massive Verbilligungen sind hingegen bei einer Reihe von technischen Industriegütern (wie PC-Ausrüstung) festzustellen. Preiseffekte infolge der Liberalisierung sind bei Netzwerkindustrien sichtbar, wobei vor allem im Telekommunikationssektor die Preise gesunken sind. Demgegenüber zeigt die Preiskurve in vielen Dienstleistungssegmenten kontinuierlich nach oben. Das gesamtwirtschaftliche Inflationsbild änderte sich auch mit der Euro-Bargeldeinführung wenig, bei täglich konsumierten Gütern war die Teuerung seit 2002 aber überdurchschnittlich. Aus der Analyse von Einzelpreisdaten ist eine Häufung von Preisadjustierungen anlässlich der Euro-Bargeldumstellung im Jänner 2002 erkennbar. Da diese etwa zu gleichen Teilen nach oben und unten erfolgten, dürfte sich somit kein erkennbarer Effekt auf die aggregierte Inflationsrate ergeben haben. Die europäische Integration brachte bisher eine kontinuierliche – wenn auch insgesamt noch schwache – Preisniveaunkonvergenz.

Manfred Fluch,
Fabio Rumler¹

1 Erwartung an den Binnenmarkt: weniger gesamtwirtschaftlicher Preisaufrtrieb, teilweise sektorale Verbilligungen

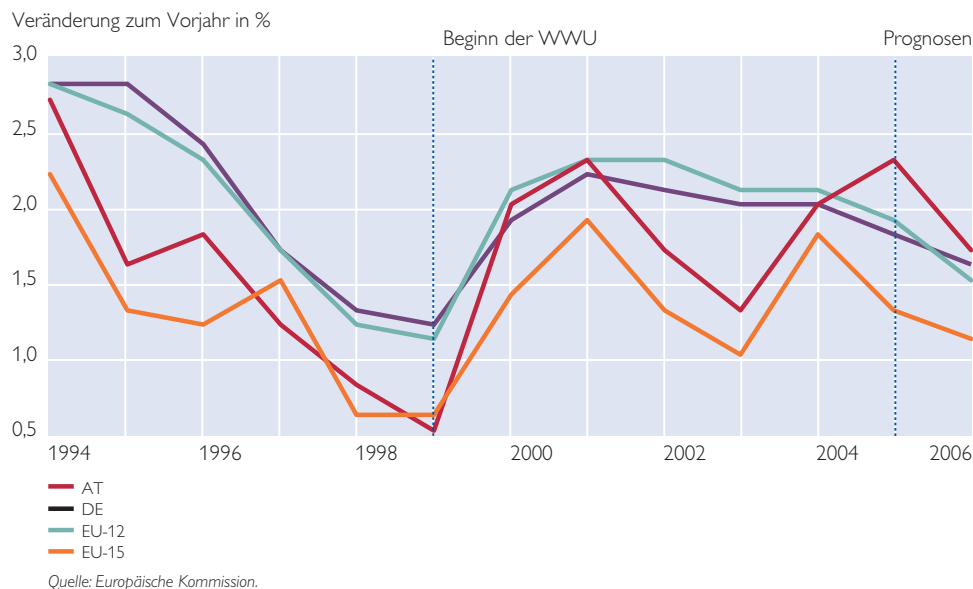
Nachdem bereits die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab dem Jahr 1994 infolge des verstärkten Wettbewerbs erste Preiseffekte zeitigte, bestand die Erwartung, dass der EU-Beitritt, die Teilnahme im Binnenmarkt und die Übernahme der vier Freiheiten den gesamtwirtschaftlichen Preisaufrtrieb abschwächen würde; in einzelnen Sektoren würden infolge der Marktöffnung die Preise sinken, wenn auch mit unterschiedlicher zeitlicher Wirksamkeit (Breuss, 1995). Kurzfristige Integrationswirkungen auf die Preise seien vor allem durch den Eintritt in die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Übernahme der gemeinsamen Handelspolitik wahrscheinlich. Mittel- bis langfristig würden Vorteile aus den vier Freiheiten und damit einhergehenden Standortvorteilen sowie der Wettbewerbsintensivierung gesehen. Damalige Schätzungen (Breuss, 1995) gingen von kumuliert fast 2% weniger Preisanstieg in den ersten beiden Jahren der EU-Teilnahme aus, der

sich auf über 3% (jeweils im Vergleich zu einem Baseline-Szenario ohne EU-Beitritt) im Fünf-Jahres-Horizont erhöht. In jenen Sektoren, die bis dahin bereits über den Außenhandel voll der Konkurrenz ausgesetzt waren (die meisten Industriebranchen), dürften sich kaum Änderungen ergeben; demgegenüber hätten die bis dahin geschützten Bereiche (Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Dienstleistungen, wie Banken und Versicherungen) bedeutende Änderungen zu erwarten. Zum zweiten bevorstehenden und für die Preisentwicklung wesentlichen Integrationsschritt, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), wurden erst nach und nach konkrete empirische Schätzungen bekannt. Baumgartner et al. (1997) kamen hinsichtlich der Inflationsrate zu dem Schluss, dass *die Inflationsgefahr im Gefolge der dritten Stufe der WWU als sehr gering einzustufen sei: Die Unabhängige Europäische Zentralbank werde über die Preisstabilität wachen*. Auf das (mikroökonomische) Preisgefüge seien durch die Währungsunion jedoch ungleich größere Auswirkungen zu erwarten: Die gemeinsame Währung bringe die nationalen Märkte näher

Wissenschaftliche
Begutachtung:
Johannes Hoffmann,
Deutsche Bundesbank
Wissenschaftliche
Assistenz:
Wolfgang Harrer,
Beate Resch, OeNB

¹ Die Autoren danken Ernest Gnan (OeNB) und Paul Haschka (Statistik Austria) für wertvolle Kommentare.

HVPI-Inflationsraten im internationalen Vergleich



aneinander, die Preistransparenz steige, der Wettbewerb nehme zu und die Preispolitik sei spätestens mit der Einführung des Euro-Bargelds neu zu gestalten. Auf europäischer Ebene würden Binnenmarkt und Währungsunion die Preisniveauekonvergenz beschleunigen.

Diese Studie untersucht für die Dekade 1995 bis 2004, inwieweit die mit dem EU-Beitritt verbundenen Regimeänderungen die Preisentwicklung auf gesamtwirtschaftlicher sowie auf sektoraler Ebene beeinflusst haben.

2 Inflationsrate Österreichs bewegt sich in einem engen Korridor

2.1 Preissteigerung 1995 bis 2004 durchschnittlich bei 1,5%

Seit dem EU-Beitritt betrug die durchschnittliche jährliche Inflationsrate² in

Österreich 1,5%, zwischen 1987 (HVPI erstmals verfügbar) und 1994 betrug sie 2,7% p. a. In den 120 Beobachtungsmonaten (Jänner 1995 bis Dezember 2004) bewegte sich der Preisauftrieb in einem Korridor von knapp über 0% bis leicht unter 3%. Die niedrigste Inflationsrate wurde im April 1999 (+0,1%) verzeichnet, die höchste im Mai 2001 (+2,9%); die Variationsbreite machte somit 2,8 Prozentpunkte aus.

Im internationalen Vergleich wies Österreich über die gesamte Periode eine hohe Preisstabilität auf und rangiert im Beobachtungszeitraum innerhalb der EU-15 auf Rang 3 (Tabelle 1). Unterteilt man die Periode in die Phasen 1995 bis 1998 (EU-Beitritt und erste Integrationseffekte) und 1999 bis 2004 (Teilnahme an der Währungsunion), ändert sich das Bild wenig: Finnlands Preise standen als Folge des EU-Bei-

² Als Maßstab für die Inflationsrate wurde durchwegs der für die Geldpolitik des Eurosystems zentrale Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) verwendet. Dieser wurde zwar 1997 erstmals publiziert, Rückrechnungen für Österreich liegen aber bis 1987 vor. Im Fall sonstiger verwendeter Inflationsmaße (wie dem nationalen VPI) wird darauf speziell hingewiesen.

tritts unter besonderem Wettbewerbsdruck und blieben von 1995 bis 1998 moderat, Österreich belegt Platz 4.³ In der Währungsunion rangiert Öster-

reich nach Deutschland auf Platz 2, in der gesamten EU-15 war in dieser Phase das Vereinigte Königreich das preisstabilste Land.⁴

Tabelle 1

Durchschnittliche HVPI-Inflationsrate in der EU-15

Reihung der Länder von links nach rechts nach der Höhe der durchschnittlichen Inflationsrate während der Periode 1995 bis 2004 in % p. a.

	DE	FI	AT	UK	SE	FR	BE	DK	LU	NL	IT	PT	ES	IE	GR	EU-15	EU-12
1995 bis 2004	1,27	1,44	1,51	1,59	1,62	1,64	1,66	1,97	2,06	2,34	2,74	2,98	3,00	3,10	4,56	1,94	1,93
1995 bis 1998	1,15	1,01	1,35	2,15	1,58	1,45	1,37	1,84	1,17	1,61	3,30	2,75	2,94	2,09	6,67	2,04	1,82
1999 bis 2004	1,35	1,72	1,62	1,22	1,64	1,77	1,86	2,06	2,50	2,82	2,38	3,13	3,05	3,78	3,18	1,88	2,00

Quelle: Eurostat, EZB.

Ermöglicht wurde Österreichs insgesamt günstige Preisperformance über all die Jahre durch eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und moderate Lohnpolitik.⁵ Die Arbeitskostensteigerungen verliefen mäßig. Die Teilnahme im Binnenmarkt führte bei den Unternehmen zu einem höheren Kostenbewusstsein und zu Rationalisierungsinvestitionen. Zwischen 1995

und 2004 verminderten sich die Lohnstückkosten in der Industrie und stagnierten in der Gesamtwirtschaft. Durch deutliche Produktivitätsgewinne verzeichnete der Sachgüterbereich relativ zu den Handelspartnern, darunter vor allem auch gegenüber Deutschland, eine beachtliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (Tabelle 2).

Tabelle 2

Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung in % p. a.

Indikator	1995 bis 1998	1999 bis 2004	1995 bis 2004
Produktivität – Gesamtwirtschaft	2,5	2,3	2,4
Bruttoentgelt je Arbeitnehmer	1,5	1,9	1,7
Tariflohnindex	2,5	2,3	2,4
Lohnstückkosten – Gesamtwirtschaft	-0,4	0,8	0,3
Lohnstückkosten – Sachgütererzeugung	-1,5	-2,1	-1,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ¹⁾	-1,2	0,0	-0,5
Relative Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern Deutschland	-0,7	-2,1	-1,5
	1,0	-1,3	-0,4

Quelle: WIFO.

¹⁾ Bis Ende 1998 real-effektiver Wechselkurs des Schilling, danach des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

³ Für länderspezifische Details zur Preisentwicklung siehe auch Pointner (in diesem Heft) sowie Égert et al. (2004).

⁴ Der direkte Vergleich mit dem Vereinigten Königreich lässt sich allerdings nicht darstellen, da beim HVPI des Vereinigten Königreichs der Bereich Wohnen (Gewicht 2005: 10,3%) – v. a. wegen der geringeren Bedeutung von Mieten und der nicht berücksichtigten höheren Ausgaben für Eigentumswohnungen – ein wesentlich geringeres Gewicht hat als in Österreich (14,5%) oder Deutschland (21,8%).

⁵ Weitere Details zu Änderungen und Wirkungen der Geld- und Lohnpolitik finden sich in den Beiträgen von Gnan et al. sowie Stiglbauer in diesem Heft, die hier deswegen außer Betracht bleiben.

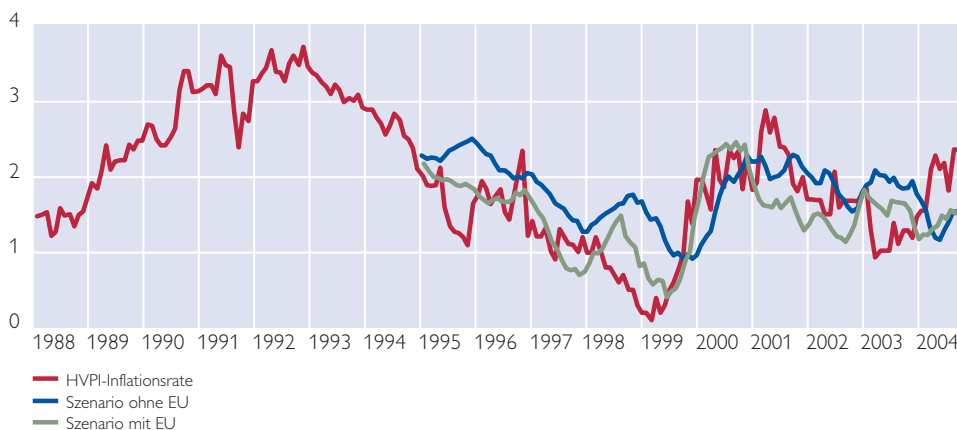
Exkurs: Geringere Inflationsraten durch EU-Integration

Von besonderem Interesse im Zuge der EU-Integration sind die damit verbundenen Effekte auf die Verbraucherpreise. Nach dem EU-Beitritt setzte die österreichische Wirtschaftspolitik eine Reihe von Deregulierungs- und Liberalisierungsschritten um, die mehr oder weniger ursächlich mit der EU-Integration in Zusammenhang stehen. Dies führte vor allem bei den Netzwerkindustrien und bei manchen Dienstleistungen, wie z. B. Versicherungen, zumindest kurzfristig zu geringeren Preissteigerungsraten. Weiters hat auch die Geldpolitik in Vorbereitung auf die WWU-Teilnahme sowie in Folge die stabilitätsorientierte Geldpolitik des Eurosystems zu dem verzeichneten Disinflationstrend beigetragen. Auf der anderen Seite haben die fiskalpolitischen Bemühungen zur Erreichung der Konvergenzkriterien zu wiederholten Steuer- und Gebührenerhöhungen der öffentlichen Hand geführt, die den Inflationsabschwung zum Teil wieder konterkarierten. All diese Faktoren näher zu analysieren und deren Effekte auf die Verbraucherpreise genau zu quantifizieren, um einen Nettoeffekt der EU-Integration auf die Verbraucherpreise zu berechnen, würde den Rahmen dieser Studie übersteigen.

Grafik 2

Inflationsrate und Prognosesimulationen mit und ohne EU-Beitritt

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Stattdessen soll hier mithilfe einer Simulationsübung von Prognosemodellen für den HVPI eine einfache Berechnung des Effekts der EU-Integration auf die Verbraucherpreise dargestellt werden. Dafür wurde ein Vektor-Autoregressionsmodell (VAR) in einer ähnlichen Spezifikation, wie es auch bei der internen Inflationsprognose der OeNB verwendet wird, herangezogen.⁶ Das Modell wurde in zwei verschiedenen Spezifikationen geschätzt und dann rekursive Zwölf-Monats-Prognosen für den Zeitraum von 1995 bis 2004 berechnet, d. h., der Schätzzeitraum wird in jedem Schritt um einen Monat nach vorne geschoben und danach zwölf Monate in die Zukunft simuliert, bis der letzte Zwölf-Monats-Prognosewert das Ende des Samples erreicht hat. Die zwei Spezifikationen des Modells sollen die Szenarien für die Inflationsentwicklung mit und ohne EU-Beitritt widerspiegeln, wobei das Modell, das den Fall ohne EU-Beitritt abbildet, in seiner Lag-Spezifikation nur bis Ende 1994 optimiert ist, während das andere über den gesamten Untersuchungszeitraum (1988 bis 2004) optimiert ist und außerdem ab 1995 eine Dummy-Variablen für den EU-Beitritt enthält. Das bedeutet, dass für den ersten Fall versucht wird, eine Inflationsentwicklung, die sich aufgrund der Struktur des Inflationsprozesses vor dem EU-Beitritt ergeben hätte, ab 1995 nachzuzeichnen. Im zweiten Fall wird die Inflationsentwicklung, die auch die Struktur des Inflationsprozesses seit dem EU-Beitritt mitberücksichtigt und zusätzlich einen (linearen) EU-Integrationsprozess explizit modelliert, für die letzten zehn Jahre simuliert.

⁶ Das VAR enthält neben dem HVPI-Index den kurzfristigen Zinssatz, die Kreditentwicklung, die Geldmenge M3 und die durchschnittliche Inflationsrate der EU-15, die die Auswirkungen des internationalen Disinflationstrends in den Neunzigerjahren kontrollieren soll, als endogene Variablen.

Grafik 2 zeigt die Zeitreihen der aneinander gereihten Zwölf-Monats-Prognosewerte für die beiden Szenarien und die tatsächliche Inflationsentwicklung von 1988 bis 2004. Man kann erkennen, dass das Modell mit dem EU-Beitrittsszenario (grüne Linie) die tatsächliche Inflationsentwicklung der letzten zehn Jahre ziemlich gut nachzeichnen konnte, während das Modell ohne EU-Integration (blaue Linie) zumindest in der ersten Hälfte des letzten Dezenniums die tatsächliche Inflation deutlich überzeichnete.⁷ Die Differenz zwischen den beiden Szenarien wird nun in dieser einfachen Modellwelt als der Effekt auf die HVPI-Inflation, der sich durch die EU-Integration ergeben hat, interpretiert. Somit kommt diese Analyse zu dem Ergebnis, dass der EU-Beitritt in Österreich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre zu einer um rund 0,2 Prozentpunkte niedrigeren Inflationsrate pro Jahr geführt hat, oder anders gesagt, das Preisniveau in Österreich wäre Ende 2004 um 2,3% höher gewesen, wenn Österreich der EU nicht beigetreten wäre. Dieser inflationsdämpfende Effekt der EU-Integration ist zwar etwas geringer als die eingangs erwähnten Prognosen von Breuss (1995), bewegt sich aber insgesamt in einer ähnlichen Größenordnung.

2.2 Geringste Inflationsrate in Österreich im Jahr 1999

Nach einem Spitzenwert im Jahr 1992, in dem durch eine Anhebung der Mineralöl- und Getränkesteuer die Inflationsrate um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt erhöht wurde, konnte die Inflation bis 1995 kontinuierlich eingebremst werden. Die Teilnahme am EWR und Vorzieheffekte des bevorstehenden EU-Beitritts begünstigten diese Entwicklung. Eine neuerliche Anhebung der Mineralölsteuer im Jahr 1995 verhinderte aber eine bessere Inflationsperformance. Ein Anstieg der Erdölpreise sowie neuerliche steuerliche Maßnahmen (Einführung der Energiesteuer sowie diverse Tarifierhöhungen) unterbrachen 1996 den Disinflationstrend, der sich allerdings 1997 bis 1999 infolge der intensiven Konvergenzbemühungen und des massiven Qualifizierungsdrucks für die Teilnahme an der WWU wieder einstellte. Im Jahr 1999 wurde mit 0,5% die niedrigste Teuerungsrate seit 1945 verzeichnet. Die Gründe dafür waren stärkerer

Wettbewerb (Handel, Versicherungen), moderate Preise bei Industriegütern, erste Liberalisierungseffekte (Telekomsektor) sowie die Abwesenheit von steuerlichen Impulsen.

Das europaweit niedrige Inflationsniveau Ende der Neunzigerjahre ließ vorerst Befürchtungen einer kommenden Deflation aufkommen (z. B. Chalopek et al., 1999). Diese hielten aber nur kurz an, denn in der Folge beschleunigte sich der Preisauftrieb in Österreich wieder auf einen Wert von fast 3% zu Beginn des Jahres 2001. Eine Reihe von temporären Effekten (u. a. positive und negative Rohölpreisschocks⁸, Schocks bei Nahrungsmittelpreisen), aber auch steuerbedingte Veränderungen waren ausschlaggebend dafür, dass sich die Teuerung in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends und nach der Einführung des Euro-Bargelds recht volatil – wenn auch weiterhin auf niedrigem Niveau – bewegte. In der Währungsunion betrug die durchschnittliche Geldentwertung in Österreich

⁷ Der durchschnittliche absolute Prognosefehler des Modells mit EU-Integration beträgt 0,36 Prozentpunkte, jener des Modells ohne EU-Integration 0,53 Prozentpunkte.

⁸ Die Effekte der Erdölpreisänderungen werden in dieser Studie nicht weiter behandelt. Diese sind zum einen exogen verursacht und hängen somit nicht mit dem Integrationsprozess zusammen. Zum anderen wurde der Zusammenhang von Erdöl und Inflation in dieser Publikationsreihe erst kürzlich behandelt (Schneider, 2004 oder Égert et al., 2004). Ferner greifen die laufenden Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Prognose über Österreich, die in den Hefen Q2 und Q4 von Geldpolitik & Wirtschaft publiziert werden, dieses Thema immer wieder auf. Für eine Darstellung des langfristigen Einflusses von Erdöl auf die Inflation im Euroraum siehe z. B. EZB-Jahresbericht 2004.

im Zeitraum 1999 bis 2004 1,6% (Euroraum 2,0%) und blieb damit klar im Bereich des vom Eurosystem definierten Rahmens für Preisstabilität. Im Zuge der Euro-Bargeldumstellung (2002 und 2003) bildete sich die Teuerung in Österreich zurück und kopelte sich in dieser Phase auch deutlich vom EU-12-Trend ab (Grafik 1). Die im Jahr 2004 einsetzende Erdölpreishaussage verteuerte die Energiepreise in Österreich allerdings wieder empfindlich, gleichzeitig zogen die Dienstleistungspreise (speziell im Wohnungssektor) an und die Inflationsrate erhöhte sich wieder auf 2,0%. Zu Beginn des Jahres 2005 blieb der Preisauftrieb relativ hoch, wozu unter anderem die im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen 2005 bis 2008 beschlossenen Maßnahmen (Anhebung der Tabaksteuer, geringere Refundierung bei Zahnarztleistungen durch die Krankenkasse) wesentlich beitrugen. Insgesamt wird laut Prognosen der OeNB (siehe dazu die Studie von Fenz et al. in diesem Heft) in den Jahren 2005 und 2006 die Inflationsdynamik aber nachlassen und der langfristige Trend stabiler Preise wird sich fortsetzen.

3 Moderater Preisauftrieb bei handelbaren Gütern, höhere Inflation bei Dienstleistungen

3.1 EU- Beitritt dämpft

Nahrungsmittelpreise, seit 2002 aber deutliche Aufwärtsbewegung

Durch die Übernahme der GAP ging die Steuerung der Marktordnung in den Kompetenzbereich der EU über, das Preisstützungssystem wurde neu geregelt. Österreichs Bauern hatten ihre Preise und Einkommen an das niedrigere EU-Niveau anzupassen. Die Folge waren zwar sinkende Agrar-

preise auf der Produzentenebene um fast ein Viertel (Breuss, 1999), allerdings blieb der Großteil der Verbilligungen in der Handelsspanne bis zum Verbraucher „hängen“, sodass auf Konsumentenebene die Preisrückgänge wesentlich geringer waren (1995: nur rund -3%). Der Preisdruck im Nahrungsmittelsektor blieb in den Folgejahren bis zur Jahrtausendwende allerdings moderat, es ging eine inflationsdämpfende Wirkung aus. Dies änderte sich in den Jahren 2000 und 2001, als massive Angebotsschocks Europa trafen. Witterungsbedingte Ernteauffälle im Süden Europas ließen die Preise von Obst stark steigen (siehe Anstieg bei unbearbeiteten Lebensmitteln in Grafik 3.1). Führt dies wegen des kleinen Gewichts noch zu einem relativ geringen Inflationsimpuls, so sorgte das Auftreten der Rinderpest (BSE) und der Maul- und Klauenseuche im Jahr 2001 in vielen Teilen Europas für heftige Preisausschläge bei Fleischprodukten und sonstigen tierischen Produkten. Im gesamten Euroraum schnellten die Nahrungsmittelpreise um fast 5% nach oben und stiegen damit dreimal so stark als ein Jahr zuvor. In Österreich – mit nur wenigen Fällen dieser Krankheiten und mit großem Anteil heimischer Produktion – war der Inflationsimpuls von rund 0,2 Prozentpunkten im Jahr 2001 vergleichsweise mäßig. Allerdings tendiert das Preisniveau seither deutlich nach oben: Von 2002 bis 2004 erhöhten sich die Preise für Lebensmittel in Österreich mit 5% genauso stark wie zuvor in der Periode 1995 bis 2002 (Grafik 3.1). In der gesamten Dekade seit dem EU-Beitritt blieben die Lebensmittelpreise (+10%) aber unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg (+15%).⁹

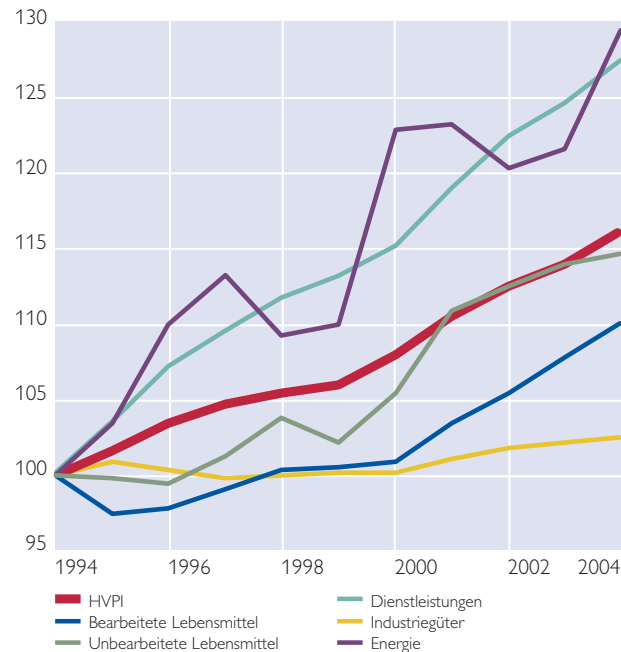
⁹ In Grafik 3.1 wurde die Basis mit 1994 = 100 angesetzt, um so auch die bereits deutlichen Preisbewegungen im ersten Jahr des EU-Beitritts abzubilden.

Grafik 3.1

Verbraucherpreise nach Sondergruppen

in Österreich

1994 = 100



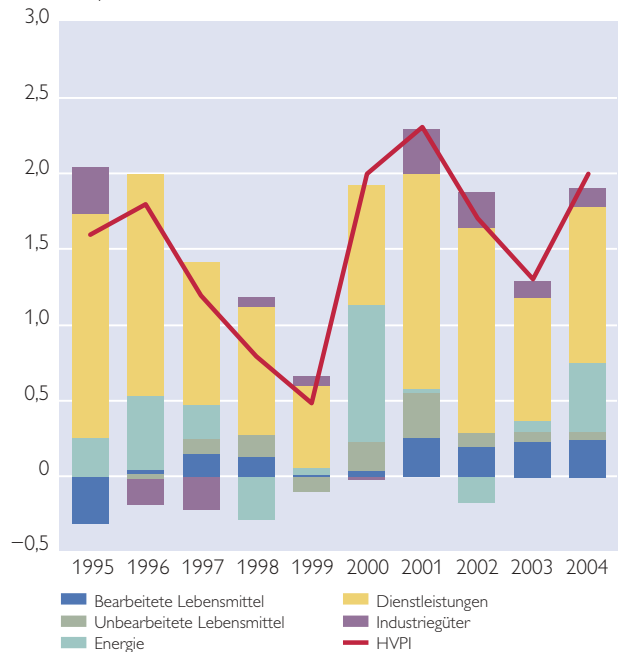
Quelle: OeNB.

Grafik 3.2

Beiträge zur Inflationsrate nach Sondergruppen

in Österreich

in Prozentpunkten



Sektorale Preisdynamik in Österreich auch nach dem EU-Beitritt

ähnlich jener Deutschlands

Ein deutlich sichtbarer Effekt der engen (außen)wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands und Österreichs ist ein seit Jahrzehnten zu beobachtender Parallellauf der Inflationsrate. Daran hat sich auch seit dem EU-Beitritt Österreichs nichts geändert (Grafik 1 und Tabelle 3). Beide Länder zählen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene überdies zu den preisstabilsten Ländern in der EU und im Euroraum. Der Vergleich zu Deutschland (als Benchmark ohne das Ereignis des EU-Beitritts unmittelbar vor der Betrachtungsperiode) kann weitere Anhaltspunkte zu möglichen Integrationswirkungen in unmittelbarer Folge des EU-Beitritts auf die Konsumentenpreise geben.

Es zeigt sich, dass selbst nach der Öffnung des Agrarmarktes, trotz Strukturwandels und intensiven Wettbewerbs im Lebensmittelhandel (Böheim, 2002), die Preise in Österreich bei Nahrungsmitteln in der letzten Dekade stärker stiegen als jene in Deutschland. Dies gilt mit Ausnahme von Kaffee, Tee und Kakao – deren Preise in beiden Ländern deutlich zurückgingen (stärker aber in Österreich) – auch für alle wesentlichen Produkte des täglichen Bedarfs (Tabelle 3). Im Gegensatz dazu blieb die Teuerung bei alkoholischen Getränken und Tabak in Österreich geringer als in unserem Nachbarland; bei Tabak ist allerdings zu berücksichtigen, dass hier diverse Steueranhebungen wirken.

Bei Produkten mit hohem saisonalem Einfluss, wie Obst und Gemüse (unbearbeitete Lebensmittel), blieb der Preisauftrieb über jenem in Deutschland. Weitgehende Parallelität in der Preisbewegung bei insgesamt recht stabilen Preisen ist bei den handelbaren nicht energetischen industriellen Produkten zu diagnostizieren. Innerhalb dieser Gruppe sticht allerdings der Rückgang der Preise bei Bekleidung und Schuhen in Österreich, der in Deutschland nicht gegeben war, hervor. Im Energiesektor waren die Konsumenten – bei insgesamt stark steigenden Preisen – in Österreich mit deutlich geringeren Preisanhebungen konfrontiert. Die Treibstoffpreise stiegen in Deutschland seit 1999 mit über 6% p. a. fast doppelt so stark wie in Österreich.

Tabelle 3

Preisentwicklung in Österreich und Deutschland von 1995 bis 2004

Veränderung in % p. a. Subgruppe ausgewählte Waren, Dienstleistungen	Österreich		Deutschland	
	1995 bis 2004	1999 bis 2004	1995 bis 2004	1999 bis 2004
	Bearbeitete Lebensmittel	1,0	1,5	1,4
Nahrungsmittel	1,3	1,4	0,7	0,5
Alkoholische Getränke und Tabak	2,0	2,5	2,8	3,4
Bier	0,8	0,6	0,9	1,1
Tabakwaren	3,2	3,6	4,5	5,6
Kaffee, Tee, Kakao	-2,2	-4,1	-1,6	-3,3
Unbearbeitete Lebensmittel	1,4	1,7	0,8	0,5
Nicht energetische Industriegüter	0,3	0,4	0,4	0,2
Bekleidung und Schuhe	-0,4	-0,1	0,2	0,1
Energie	2,7	2,9	3,1	5,3
Elektrizität	0,9	0,1	1,3	2,7
Gas	3,4	3,5	3,9	5,5
Dienstleistungen	2,5	2,2	1,7	1,4
Wohnungsmieten	3,3	2,7	1,5	1,1
Nachrichtenübermittlung	-1,1	-1,9	-3,1	-4,2
Versicherungen	1,4	2,4	1,2	3,1
Finanzdienstleistungen	2,5	2,3	2,8	4,3
HVPI insgesamt	1,5	1,6	1,3	1,4

Quelle: Eurostat, EZB.

Die Liberalisierung wichtiger Netzwerkindustrien zeigt ein differenziertes Bild: Die Strompreise entwickelten sich in Österreich in der Phase 1999 bis 2004, in der die Öffnung der Strommärkte erfolgte, moderater als in Deutschland. Auch bei Gas – bei beträchtlichem Preisanstieg in beiden Ländern – blieb die Teuerung unter jener Deutschlands. Umgekehrt war im Nachrichtensektor – bei deutlichen Verbilligungen in beiden Staaten – der Preisrückgang in Deutschland noch wesentlich ausgeprägter.

Bei den Dienstleistungen liegt die österreichische Teuerung merkbar höher als jene Deutschlands. Ein wesentlicher Grund dafür sind die Wohnungsmieten, die in Österreich stärker anzogen. Bei Versicherungen und Finanzdienstleistungen war hingegen die Inflation in Deutschland, v. a. in der Periode seit der Euro-Einführung, merklich höher. Neben den unterschiedlichen Wettbewerbsverhältnissen kommen im Dienstleistungssektor auch ein unterschiedlicher Grad der öffentlichen Einflussnahme, unterschiedliche Gebühren sowie indirekte Steuern zum Tragen. Jedenfalls entwickelte der Dienstleistungssektor (sieht man von den volatilen Energiepreisen ab) in beiden Ländern über die ganze Beobachtungsperiode den stärksten Inflationsdruck.

In anderen Sparten blieben die Preiseffekte seit dem EU-Beitritt weniger bis kaum wahrnehmbar. Die über weite Strecken und in vielen Bereichen dem Wettbewerb noch wenig ausgesetzten Dienstleistungspreise blieben durchwegs deutlich über dem HVPI-Durchschnitt, teilweise sogar mit erheblichen Ausreißern (Tabelle 3). Ähnliches gilt – mit stärkerer Volatilität – auch für die von den Welt-(rohöl)märkten bestimmten Energie-

preise. Das vom Konkurrenzdruck am stärksten geprägte Aggregat „nicht energetische Industriegüter“ wies insgesamt auch eine relativ ruhige Preiskurve auf. Allerdings kam es einerseits bei vielen elektronischen Ausrüstungs- und Freizeitgütern sowie teilweise bei Haushaltswaren in den letzten Jahren infolge technischer Innovationen zu einem regelrechten Preisverfall, dem andererseits teils kräftige Verteuerungen gegenüberstanden (Tabelle 4).¹⁰

¹⁰ Der Zeitraum von vier Jahren in Tabelle 4 wurde deswegen gewählt, da die hier angeführten Güter und Dienstleistungen alle derselben Warenkorbgeneration (VPI mit der Basis 2000 = 100) angehören und somit die Vergleichbarkeit weitgehend gegeben ist.

Tabelle 4

Wesentliche Verbilligungen/Verteuerungen von Gütern und Dienstleistungen

von 2000 bis 2004

Veränderung des VPI in %

Güter

<i>Verbilligungen (> 25%)</i>	
Personal Computer	-66,3
Digitalkamera	-62,5
PC-Drucker	-44,8
DVD-Player	-43,1
Komforttelefon	-34,0
Mobiltelefon	-31,1
<i>Verteuerungen (> 25%)</i>	
Bienenhonig	60,5
PC/CD-Rom-Spiel	49,3
Hüttenkoks	41,1
Orangen	38,2
Heilbehelfe	31,8
Lack	30,9
Bleistift	29,0
Rindfleisch	28,1
Steinkohle	26,7
Vollsalz	25,5

Dienstleistungen

<i>Verbilligungen (> 10%)</i>	
Festnetz, Gesprächsgebühr	-12,9
<i>Verteuerungen (> 25%)</i>	
Studiengebühr	1.577,2
Gas, Grundgebühr	124,9
Elektrischer Strom, Grundgebühr	91,4
Mautgebühr	81,6
Telefon, Automaten	37,8
Ausstellung/Museen	33,9
Spitalskosten	33,6
Friseurtrainingskurs	31,9
Heimhilfe	28,2
Wahlarzt	27,8
Rezeptgebühr	26,0
Reisepass	25,2
Müllabfuhr	25,0

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Statistik Austria, OeNB.

**3.2 Liberalisierung bei Netzwerk-
industrien führt in
Teilbereichen zu Verbilligungen**

Das ordnungspolitische Reformprogramm der EU für die Vollendung des Binnenmarktes hat in Österreich bereits im Jahr 1998 zu einer vollständigen Liberalisierung des Marktes bei Nachrichtendienstleistungen geführt. In der Folge wurden etappenweise der Strom- und der Gasmarkt geöffnet; Ersterer ist seit 2001, Letzterer seit 2002 zur Gänze liberalisiert. Österreich zählt damit zu jenen sieben EU-Staaten, die die Energiemärkte vollständig freigegeben haben (in den EU-15 ist dies für 2007 vorgesehen) und war in beiden Fällen Vorreiter.

Diese für Wettbewerb und Preisentwicklung wesentliche Änderung der Netzwerkindustrie ist seither auch laufend Gegenstand von Studien (z. B. EZB, 2001; EZB-Monatsbericht Dezember 2004; Europäische Kom-

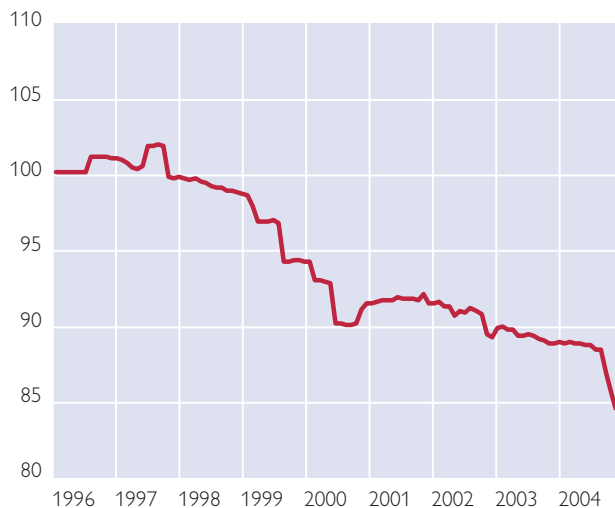
mission, 2003). Auch die Studie von Janger in diesem Heft behandelt dieses Thema. Diese Analysen vermitteln u. a. Umfang, Rolle, Funktionsweise sowie die ökonomische Bedeutung von Netzwerkindustrien und geben gleichfalls einen Überblick zum bisherigen Liberalisierungsprozess (mit rechtlichen Rahmen) auf europäischer Ebene. Wesentlich dabei ist, dass im Zuge der Liberalisierung die natürlichen Monopole netzgebundener Wirtschaftszweige aufgebrochen wurden, begleitet von einer Reform des regulativen Rahmens und einer Privatisierung mit dem Ziel, die Marktmechanismen stärker wirken zu lassen, um eine höhere Konsumentenwohl-fahrt zu erreichen. In Österreich wird über die Effekte der Liberalisierung zudem laufend von den neu geschaffenen Regulierungsbehörden (z. B. Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH für den Nachrichtenbereich und Ener-

Grafik 4.1

HVPI-Preisentwicklung bei der

Nachrichtenübermittlung seit der Liberalisierung

Dezember 1997 = 100



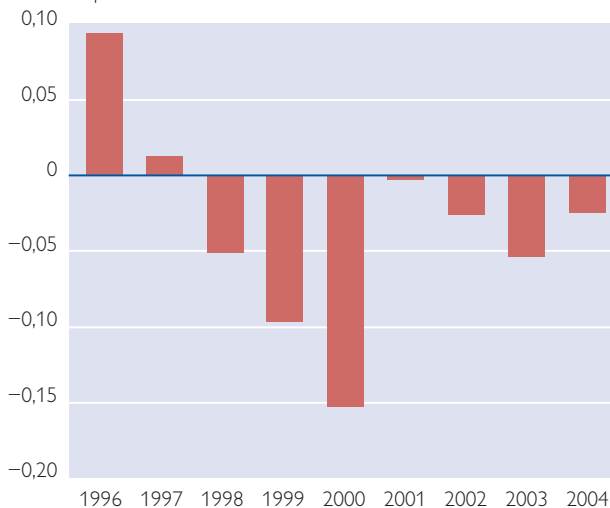
Quelle: Statistik Austria.

Grafik 4.2

Inflationsbeiträge der

Nachrichtenübermittlung

in Prozentpunkten



gie-Control GmbH für den Strom- und Gasmarkt) berichtet. In der folgenden Analyse zu den Preiseffekten¹¹ stehen auch diese drei Märkte im Zentrum.¹²

3.2.1 Kommunikationsdienstleistungen: Preise 2004 um 14% niedriger als 1997

Der Telekommunikationsbereich erlebte in den letzten Jahren massive technische Innovationen mit hoher Nachfrage sowie einen verschärften Wettbewerb mit verbesserter Dienstleistungsqualität und sinkenden Preisen.

Die Preise auf Konsumentenebene begannen unmittelbar mit der Liberalisierung zu sinken – und zwar in zwei Wellen (Grafik 4.1). Eine erste Welle brachte Verbilligungen für Nachrichtendienstleistungen bis Ende des Jahres 2000 um rund 10%. Nach Erhöhungen bei den Postdiensten im Jänner 2001 und Verteuerungen bei den Telefonen (verbesserte Handy-Generation) brachte die zweite Welle ab Mitte 2002 weitere Preisentlastungen von ca. 5% bis Ende 2004. Im Dezember 2004 waren die Preise somit um rund 14% niedriger als im Dezember 1997.¹³ Zu

¹¹ Die Netzwerkindustrien kennzeichnet durchwegs ein sehr komplexes Preissystem, bestehend aus Grundgebühren (u. a. für das Zählwesen), Arbeits- oder Leistungspreis und den Netztarifen. Dazu kommen eine Differenzierung nach der Quantität des Abnehmers sowie spezielle Steuern und Abgaben. So setzte sich z. B. der Gaspreis 2004 auf der Haushaltsebene wie folgt zusammen (Netz, Energie, Mehrwertsteuer, Erdgasabgabe, Gebrauchsabgabe). Allein der Energiepreis unterliegt dem Wettbewerb, während die Netztarife über die Regulierungsbehörden festgelegt werden (siehe für Österreich die jährlichen Berichte der Regulierungskommissionen).

¹² Die Preisentwicklung in den ebenfalls (teilweise) deregulierten Märkten (Postdienste; Schienenpersonenverkehr) zeigt keine Auffälligkeiten und bleibt hier außer Betracht. Im liberalisierten Luftverkehr bewegten sich die Preise aufgrund saisonaler und erdölpreisbedingter Einflussfaktoren seit 1999 recht volatil.

¹³ Anzumerken ist, dass die Innovationen im Mobilfunkbereich auch frühzeitig im (H)VPI inkludiert wurden. So war der österreichische VPI und HVPI einer der ersten in Europa, der bereits ab 1997 Handys im Warenkorb erfasste. Die Berücksichtigung der heterogenen tariflichen Gestaltung durch die verschiedenen Anbieter sollte aber eine sehr komplexe Angelegenheit bleiben.

Beginn des Jahres 2005 setzte sich dieser Trend fort. Telefonapparate (darunter die Handys) kosteten laut HVPI im Dezember 2004 nur mehr ein Drittel dessen, was vor rund acht Jahren dafür auszugeben war. Mobiltelefone wurden seit dem Jahr 2000 um über 30% billiger. Die Liberalisierung hatte jedenfalls in diesem Bereich einen deutlich inflationsdämpfenden Effekt (Grafik 4.2).

3.2.2 Preiseffekte auch auf den liberalisierten Energiemärkten, aber kompensiert durch neue Regulierungen¹⁴

Nach dem Anstieg infolge der Einführung der Energiesteuer im Juni 1996 blieben die Preise für Strom bis zur ersten Liberalisierungsetappe im September 1999 stabil. In der unmittelbar der Liberalisierung folgenden Periode bis Mai 2000 verbilligte sich Strom um fast 5%. Die Anhebung des Steuersatzes für Elektrizität im Juni 2000 kompensierte allerdings die eingetretenen Liberalisierungseffekte wieder. Bis Mitte 2002 folgte eine zweite Welle sinkender Strompreise, die auch eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate brachte. Bis Ende 2004 legten die Strompreise – bedingt durch die Zuschläge zur Förderung von Kleinwasserkraft, Ökostrom und Kraft-Wärme-Kopplung sowie durch die internationalen Energiepreiserhöhungen – allerdings wieder um fast 10%

zu (Grafik 5.1)¹⁵, obwohl die Netztarife seit 2001 um fast 10% (E-Control, 2004) gesenkt wurden.¹⁶

Ein internationaler Vergleich laut Eurostat positioniert Österreich bei den Strompreisen (vor Steuern) auf Haushaltsebene¹⁷ nahe dem Durchschnitt der EU-15-Länder. In Deutschland sind die Preise um fast 30% (2004) höher als in Österreich. Da in Österreich im internationalen Vergleich aber die Netztarife relativ hoch sind und die wirtschaftliche Situation der Energieversorgungsunternehmen als gut beurteilt wird, hat E-Control im Verlauf des Jahres 2005 weitere regional gestaffelte Senkungen der Netztarife vorgenommen. Für die nahe Zukunft kann daher eine gewisse Beruhigung der Strompreise erwartet werden.¹⁸

Liberalisierungseffekte bei den Gaspreisen sind auf der Haushaltsebene in dem kurzen Zeitraum seit der vollständigen Öffnung des Marktes nur moderat festzustellen. Im Jahr 2002 haben Verbilligungen bei Gas jedenfalls den Preisauftrieb in Österreich gedämpft. Die Gaspreise folgen aber der Entwicklung bei Rohöl, was v. a. 2001 und gegen Ende der Beobachtungsperiode (2004) zu kräftigen Erhöhungen führte (Grafik 5.3) und Effekte der Marktöffnung überlagerte.

Kratena (2004) vermittelt in einem Szenariovergleich für Österreich sehr markante Preiseffekte durch die Liberalisierung. Im Zeitraum 1999 bis 2003

¹⁴ Die Analyse konzentriert sich vorrangig auf die Entwicklung der Verbraucherebene (inklusive aller regulativen und steuerlichen Änderungen).

¹⁵ Zum Vergleich: E-Control weist im Jahresbericht 2004 folgende Preisentwicklung für die Haushalte zwischen 2001 und 2004 aus: Energie +16,3%, Netztarife –9,1%.

¹⁶ Die insgesamt unbefriedigende Preisentwicklung auf dem Strommarkt nach der Liberalisierung hat in Österreich eine Diskussion unter dem Begriff „Remonopolisierung“ ausgelöst.

¹⁷ Jahresverbrauch eines Haushalts von 3.500 kWh, davon 1.300 kWh nachts (Standardwohnung 90m², vor Steuern).

¹⁸ Im Februar 2005 sind die Netztarife in Salzburg, Kärnten und im Burgenland gesenkt worden, wodurch laut E-Control auf Haushaltsebene Verbilligungen zwischen 9% und 20% (Presseaussendung der E-Control vom 12. Jänner 2005) entstehen sollen. Bis Juni 2005 soll auch in allen anderen Bundesländern eine Reduktion der Netztarife erfolgen. Die HVPI-Daten von Jänner bis April 2005 zeigen einen leicht sinkenden Trend.

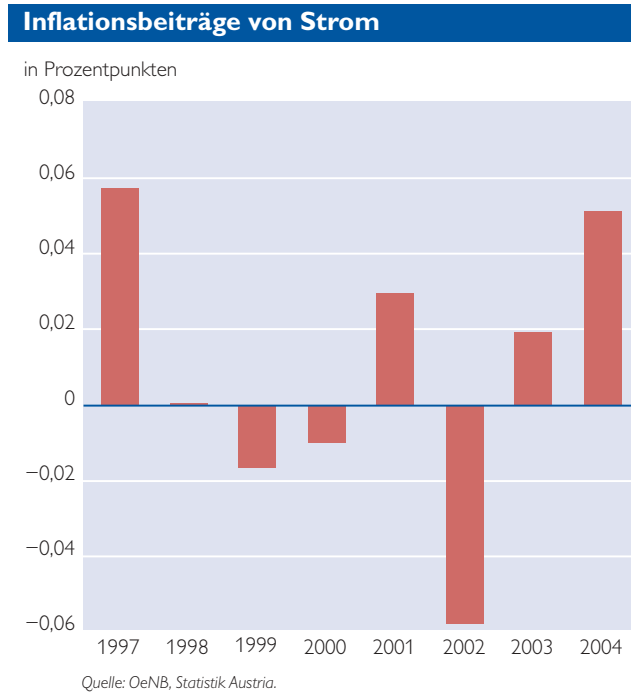
sind demnach die Preise für Großabnehmer bei Strom um bis zu rund 40% und bei Gas um rund 14% günstiger als im Szenario ohne Liberalisierung. Beachtlich – wenn auch geringer – waren auch die Auswirkungen

auf der Haushaltsebene (Strom: –18%, Gas: –4%). Diesen Berechnungen zu Folge blieb der gesamtwirtschaftliche Preisindex um rund 2% niedriger als im Szenario ohne Liberalisierung.

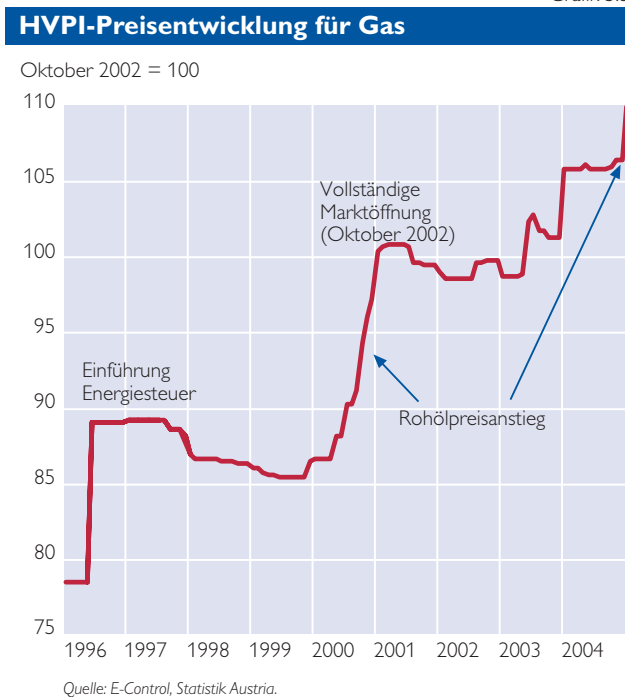
Grafik 5.1



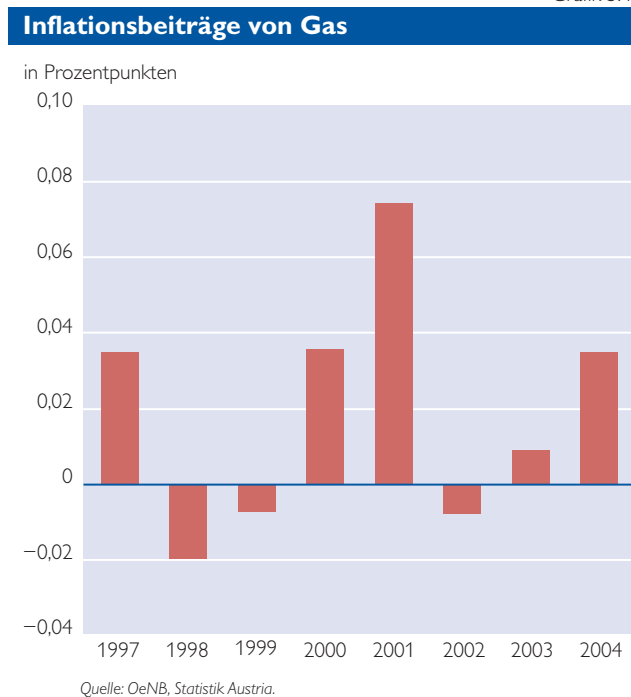
Grafik 5.2



Grafik 5.3



Grafik 5.4



Für beide Märkte lassen sich somit im Zuge der Liberalisierung inflationsdämpfende Effekte festmachen (Grafiken 5.2 und 5.4), allerdings sind diese durch inzwischen in Kraft getretene regulative Änderungen sowie exogene Faktoren konterkariert worden. Dazu hat auch beigetragen, dass die Grundgebühren für beide Energieträger auf Haushaltsebene – auch wenn sie ein geringes Gewicht haben – in den letzten Jahren massiv erhöht wurden (Tabelle 4). Außerdem macht es das komplexe Tarifsystem für Groß- und Kleinabnehmer schwer, Effekte der Liberalisierung genau zu filtern und ihre Wirkung auf die Inflationsrate zu quantifizieren.

3.3 Nachhaltige Preiseffekte durch Integration bei Dienstleistungen noch wenig wahrnehmbar

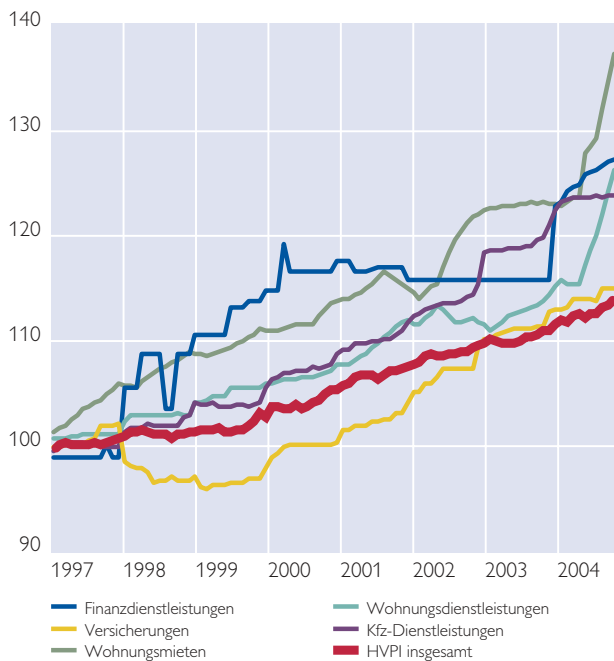
Dienstleistungen umfassen rund 46% des österreichischen Warenkorb (Stand 2004) und haben damit maßgeblichen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Preisperformance. Die nach wie vor erheblichen Beschränkungen im Dienstleistungsbinnenmarkt zeigen sich auch in der Preisentwicklung. In der letzten Dekade trugen die Teuerungen privater und öffentlicher Dienstleistungen jeweils über 50% zur Inflationsrate (Grafik 2) bei. Selbst auf dem durch die Integration kompetitiveren Finanzmarkt blieben die Preiseffekte für die Haushalte dauerhaft aus. Am ehesten sind diese noch auf dem Versicherungsmarkt zu konstatieren: Hier entwickelte sich in den letzten Jahren vor der Jahrtausendwende ein intensiver

Grafik 6.1

HVPI-Preisentwicklung für ausgewählte Dienstleistungen in Österreich

Dienstleistungen in Österreich

1996 = 100



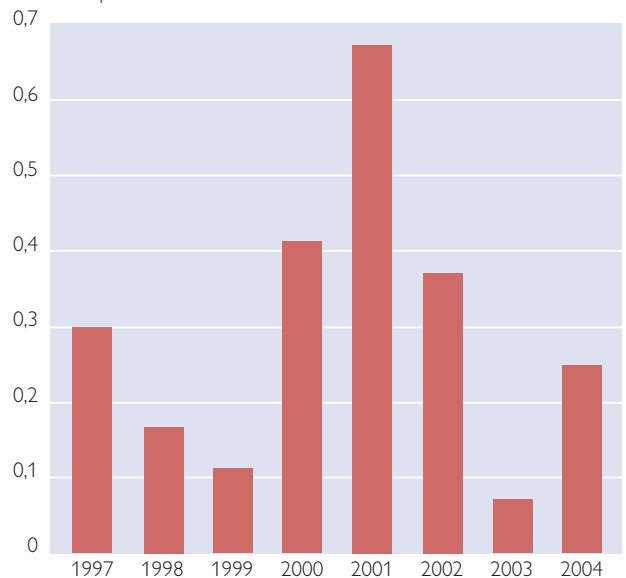
Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Grafik 6.2

Inflationsbeitrag von öffentlichen Dienstleistungen, Gebühren und indirekten Steuern in Österreich

Gebühren und indirekten Steuern in Österreich

in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Wettbewerb, die Prämienpreise gingen 1998 und 1999 deutlich zurück; danach zogen die Preise wieder an. Die Finanzdienstleistungen (im Wesentlichen die Kontogebühren) verteuerten sich hingegen seit 1998 überdurchschnittlich um fast 25%. Ähnlich ist das Bild auf den weitgehend geschützten Märkten, wie den Kfz-Dienstleistungen oder Friseuren, bei denen kontinuierliche Preisanhebungen zu verspüren sind. Besonders stark ist der Inflationsdruck auf den Märkten, die international abgeschottet, permanent angespannt und teilweise durch Preisbindung gekennzeichnet sind. Dazu gehört v. a. der Wohnungssektor: Die Mieten und die vorwiegend öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen, wie Wasserversorgung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung, haben seit 1995 doppelt so stark zugenommen wie der HVPI. Dabei wirken speziell im Altbauwohnungssegment, in dem seit 1994 das Richtwertsystem¹⁹ zur Anwendung kommt, die Mieten auf die Inflationsrate; diese wiederum beeinflusst die mit der Inflationsrate indexierten Mieten, es entsteht somit eine „Mieten-Inflationsspirale“. Besonders stark erhöhten sich die Mieten in den Jahren 2003 und 2004, wofür u. a. auch die erhebungstechnische Umstellung der Mietpreise verantwortlich sein könnte (Haschka, 2005).

Von der europäischen Integration weitgehend unbeeinflusst sind Preisanpassungen öffentlicher Dienstleistun-

gen sowie Änderungen bei indirekten Steuern. Diese übten über die Jahre aber erhebliche Impulse auf die Inflation aus (Grafik 6.2). Indirekte Steuern, Gebühren und öffentliche Dienstleistungen²⁰ wiesen besonders in den Jahren 2000 bis 2002 infolge weit überdurchschnittlicher Dynamik öffentlich beeinflusster Preise Anteile von bis zu 0,6 Prozentpunkten an der gesamten Teuerung auf. Bis 2004 halbierte sich der Inflationsbeitrag auf ca. 0,3 Prozentpunkte.

Bestrebungen auf EU-Ebene (Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission), einen allgemeinen Rechtsrahmen zu schaffen, durch den die Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungserbringungen und für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zumindest verringert werden, sollten à la longue eine weitere Öffnung zur Folge haben und den Wettbewerb stimulieren.²¹ Diese Initiative betrifft alle wirtschaftlichen Dienstleistungen, nicht jedoch jene mit allgemeinem Interesse. Die Rolle staatlich administrierter Preise hat sich durch die Liberalisierungen der Netzwerkindustrien vermindert, wird aber weiter Bedeutung haben. Nach wie vor unterliegen rund 75 (das sind ca. 8% des Warenkorbs) von rund 800 Positionen des österreichischen HVPI einer öffentlichen Preisbeeinflussung. Angesichts der hohen Preisdynamik bei vielen öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen könnte eine weitere Öffnung in Berei-

¹⁹ Richtwerte sind gesetzlich und regional unterschiedlich vorgeschriebene Basismieten, die inflationsangepasst werden. Dazu kommen diverse Zuschläge und Abschläge für Ausstattung und Lage der Wohnung. Siehe dazu auch eine Studie der Technischen Universität Wien (Blaas und Wieser, 2004) im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.

²⁰ U. a. Müllabfuhr, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Gesundheitswesen, Bildungsbereich etc. Den Grafiken 6.1 und 6.2 liegen insgesamt 75 Einzelposten (von rund 800 des Warenkorbs) mit öffentlicher Einflussnahme auf die Preise zugrunde.

²¹ In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rats vom 22./23. März 2005 in Brüssel wird ganz klar festgehalten, dass der Binnenmarkt für Dienstleistungen in vollem Umfang funktionieren muss, wobei allerdings das europäische Sozialmodell zu wahren ist. Der vorliegende Richtlinienentwurf wird diesen Forderungen allerdings nicht gerecht und bedarf einer grundlegenden Überarbeitung.

chen, wie dem Transport- oder dem Gesundheitswesen, zu Preisentlastungen führen. Égert et al. (2004) gehen aber davon aus, dass strategische und politische Gründe der öffentlichen Hand vielfach das freie Spiel der Marktkräfte verhindern und dadurch kaum ein vollkommener Wettbewerb entstehen wird.

4 Euro-Bargeldumstellung bleibt ohne signifikante Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate

Eine besondere Herausforderung – für Wirtschaft und Bevölkerung gleicher-

maßen – war mit der Einführung des Euro (als Buchgeld 1999 und Bargeld 2002) verbunden. Durch die Umstellung auf den Euro fielen einerseits erhebliche – sektorspezifisch unterschiedliche – Kosten an (Pollan, 1998; Dirschmid et al., 2001), sie brachte andererseits aber auch Entlastungen (Wegfall der Transaktionskosten für Währungstausch und Wechselkursicherung). Befürchtete Überwälzungen der Kosten (auch wegen der Umstellung auf das Jahr 2000) auf die Endverbraucherpreise blieben insgesamt damit weitgehend aus.

Wesentliche Neuerungen vor und in der Währungsunion zur besseren Preisanalyse/-messung

Um der Geldpolitik gesicherte Informationen zur Preisentwicklung bieten zu können, wurde schon im Vorfeld zur WWU, aber speziell durch Initiativen des Eurosystems, die statistische Datenbasis zur Preisanalyse laufend verbessert. Infolge der hohen Bedeutung des Konvergenzkriteriums „Inflationsrate“ für die Teilnahme an der WWU wurde die Inflationsmessung bereits 1997 weitgehend harmonisiert und ein eigener Preisindex (der Harmonisierte Verbraucherpreisindex) für internationale Vergleiche geschaffen, der sich mit laufenden Verbesserungen mittlerweile zum zentralen und allgemein akzeptierten Indikator der Geldpolitik des Eurosystems entwickelte (z. B. Camba-Mendez et al., 2002). Diese Pionierarbeit erfolgte in enger Kooperation zwischen Eurostat, den nationalen statistischen Ämtern, der EZB sowie den Nationalen Zentralbanken. Eine besondere Herausforderung ist, die hohe Marktdynamik, laufende Innovationen und Qualitätsverbesserungen adäquat und rasch in einem Preisindex abzubilden. Zu diesem Zweck werden EU-weit mindestens alle fünf Jahre (in einigen Ländern jährlich) die Warenkörbe durch geeignete Konsumerhebungen vollständig aktualisiert und zwischendurch – soweit erforderlich – neue Produkte implementiert. Es gelang auch, neben den zwölf konsumrelevanten Warengruppen, besonders für die Geldpolitik interessante, fünf Sondergruppen²² zu definieren. Die zeitliche Verfügbarkeit der Daten wurde beschleunigt. Eine Flash-Schätzung mit einer vorläufigen Inflationsrate auf Basis von Ergebnissen von wenigen repräsentativen Ländern (Deutschland, Italien, Spanien) ist bereits unmittelbar nach Ende eines Berichtsmonats für den Euroraum verfügbar. Überdies werden für den Euroraum in quartalsweisem Rhythmus mittelfristige Projektionen zum HVPI erstellt, in die die Schätzungen der Experten der Nationalen Zentralbanken (somit auch der OeNB) eingehen.

Nach 76 Jahren Schillingwährung wurde – nach einer zweimonatigen Parallelphase – im März 2002 der Euro in Österreich das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel. Obwohl die Umstel-

lung in Österreich reibungslos verlief und der Euro rasch hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erfuhr, gelang die Gewöhnung an die neuen Euro-Preise – trotz Einsatzes einer breiten

²² Das sind: unbearbeitete Lebensmittel, bearbeitete Lebensmittel, nicht energetische Industriegüter, Energie, Dienstleistungen.

Tabelle 5

Teuerungsrate in Österreich vor und nach der Euro-Bargeldumstellung

Hauptgruppen des HVPI	1999 bis 2001	2002 bis 2004	Unterschied in der Inflationrate
	in % p. a.		in Prozentpunkten
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	1,30	1,50	0,19
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1,98	2,93	0,94
Bekleidung und Schuhe	-0,17	-0,10	0,07
Wohnung, Wasser, Energie	2,56	2,09	-0,47
Hausrat, Haushaltsführung	0,89	0,93	0,04
Gesundheitspflege	3,57	1,80	-1,77
Verkehr	2,86	1,76	-1,10
Nachrichtenübermittlung	-2,63	-1,26	1,37
Freizeit und Kultur	0,59	0,74	0,15
Erziehung und Unterricht	5,11	8,69	3,58
Restaurants und Hotels	2,01	2,68	0,67
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	1,46	2,54	1,09
HVPI insgesamt	1,58	1,66	0,08

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Palette von begleitenden Mechanismen und Hilfsmitteln – nur langsam, waren damit doch weit reichende Veränderungen im Preisgefüge (z. B. Schwellen-/Signalpreise) verbunden. Wenn auch die unmittelbar in der offiziellen gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate sichtbaren Auswirkungen vergleichsweise gering blieben (Pollan, 2002; EZB-Jahresberichte 2001 und 2002) bzw. sich auf wenige Branchen konzentrierten und auch die relativen Preise keine auffällige Veränderung erfuhren,²³ erlebte die Bevölkerung die Preisanpassungen konträr zur offiziellen Statistik. Dies führte fast zeitgleich mit der Euro-Bargeldumstellung zu einer scherenhaften Auseinanderentwicklung von wahrgenommener und tatsächlicher Inflationsrate, deren Lücke sich inzwischen zwar wieder etwas verengte, aber nach wie vor nicht geschlossen ist. Eine ähnliche Divergenz trat übrigens beim EU-Beitritt 1995 auf, allerdings nahm die Bevölkerung damals die Teuerung

deutlich weniger hoch wahr, als die offizielle Statistik sie reflektierte.

Die warengruppenspezifische Analyse verdeutlicht, dass sich der Preisauftrieb drei Jahre vor und nach der Euro-Bargeldeinführung unter Verwendung der von Statistik Austria erhobenen Daten auf aggregierter Ebene in seiner Dynamik kaum unterscheidet. Die Warengruppen weisen demgegenüber eine differenzierte Entwicklung auf. Anhebungen der Tabaksteuer wirkten sich ebenso aus, wie die bereits diskutierten Ursachen bei einer Reihe von Dienstleistungen. Im Bereich Erziehung und Unterricht wird die Einführung der Studiengebühren im Oktober 2001 sichtbar, im Gesundheitswesen in der Periode 2002 bis 2004 die Abschaffung der Ambulanzgebühr. Im Telekomsektor schwächten sich die starken Preissenkungen um die Jahrtausendwende nach der Euro-Bargeldeinführung etwas ab. Im Gastronomiebereich beschleunigte sich der Preisauftrieb nach der Euro-

²³ Dabei wurden die Preisbewegungen von rund 15 gängigen Waren und Dienstleistungen beobachtet.

Bargeldumstellung. Die Preisanhebungen verliefen dabei fließend und nicht sprunghaft und auf die ersten beiden Monate 2002 konzentriert, wie dies z. B. laut Statistischem Bundesamt (2005) für die Preise von Getränken und Essen in Gaststätten und Restaurants in Deutschland deutlich nachgewiesen werden konnte.

Was die Preisgestaltung der täglichen oder wöchentlichen Bedarfsgüter

betrifft, gibt es hingegen beachtliche Abweichungen zum Gesamttrend. Bei den konsumnäher definierten Mini- und Mikrowarenkörben²⁴ beschleunigten sich die Preise wesentlich stärker, was der höher wahrgenommenen Inflation durch die Bevölkerung (die sich offensichtlich auf die Preisänderung bei täglich gekauften Gütern konzentriert) näher kommt.

Tabelle 6

Inflationsrate insgesamt und für ausgewählte Warenkörbe

Veränderung in %	Verbraucherpreisindex	Miniwarenkorb (16% des VPI) ¹⁾	Mikrowarenkorb (5% des VPI) ²⁾
2000 bis 2004 p. a.	2,1	3,0	3,4
2000 bis 2004 kumuliert	8,1	10,4	13,9

Quelle: Statistik Austria.

¹⁾ Wöchentlich gekaufter Warenkorb.

²⁾ Täglich gekaufter Warenkorb.

5 Häufigere Preisänderungen während der Euro-Bargeldumstellung, aber keine Evidenz für mehrheitliche Preisanpassungen nach oben

Wie hat sich die Preisdynamik in Österreich in den letzten acht Jahren auf der Einzelpreisebene entwickelt und hat die Bargeldumstellung im Rahmen der Euro-Einführung zu einem veränderten Preisanpassungsverhalten auf der Verbraucherpreisebene geführt? Die zitierten Ergebnisse sind einer OeNB-Studie²⁵ entnommen, die Preisrigiditäten in Österreich anhand verschiedener Maße, wie etwa die durchschnittliche Häufigkeit von Preisänderungen,²⁶ im Zeitraum von 1996 bis 2004 untersucht. Die Analyse basiert auf einem Datensatz, der insgesamt

etwa 3,6 Millionen monatliche Preisaufzeichnungen aller im Warenkorb des österreichischen VPI enthaltenen Güter und Dienstleistungen beinhaltet.

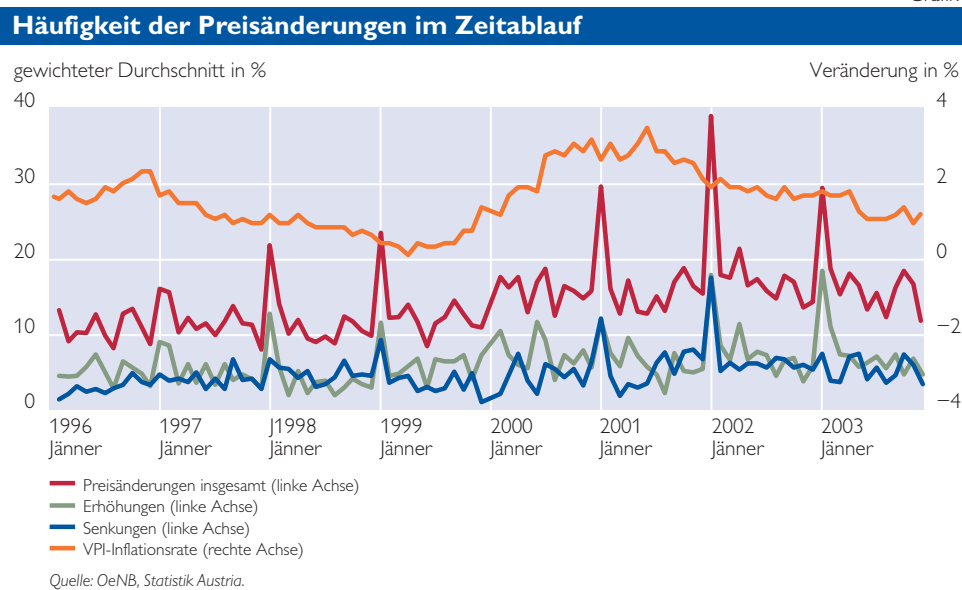
Grafik 7 zeigt die Häufigkeit der Preisänderungen, die auch für jeden Monat berechnet werden können, im Zeitablauf von Anfang 1996 bis Ende 2003. Es zeigt sich ein deutliches saisonales Muster mit jährlichen Spitzen jeweils im Jänner, was ein Indiz dafür ist, dass viele Firmen ihre Preise zum Jahreswechsel anpassen. Grafik 7 zeigt zudem, dass, wenn man die trendmäßige Entwicklung betrachtet, die Häufigkeit der Preisänderungen im Jahr 2000 und danach höher ist als davor und dass dies – zumindest grafisch – mit dem Anstieg der aggregierten Inflationsrate im Jahr 2000 zusammenfällt. Dies könnte ein Indiz für

²⁴ Zur einbezogenen Produktpalette der einzelnen Warenkörbe siehe Haschka (2004).

²⁵ Baumgartner et al. (2005): „How Frequently Do Consumer Prices Change in Austria? Evidence from Micro CPI Data“, mimeo.

²⁶ Diese Maßzahl errechnet sich aus den Mikropreisbeobachtungen, indem alle beobachteten Preisänderungen eines bestimmten Produkts zu allen gültigen Preisbeobachtungen dieses Produkts in Beziehung gesetzt werden.

Grafik 7



einen positiven Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Preisänderung und der aggregierten Inflationsrate sein, wie er auch in anderen Studien zu diesem Thema gefunden wird. Die beiden unteren Linien in Grafik 7 zeigen außerdem, dass es zwischen der Häufigkeit der Preiserhöhungen und der Preissenkungen keine auffälligen unterschiedlichen saisonalen Muster und unterschiedliche Trendentwicklungen gibt.

Grafik 7 erlaubt es auch, der Frage nachzugehen, ob die Bargeldumstellung im Zuge der Euro-Einführung im Jänner 2002 zu häufigeren Preisadjustierungen geführt und damit einen Einfluss auf die Inflationsrate ausgeübt hat. Was die Häufigkeit der Preisänderungen betrifft, so ist im Jänner 2002 ein auffälliger und starker Anstieg auf knapp 40% zu beobachten, der auch stärker ausgeprägt war als in den jeweils ersten Monaten der restlichen Jahre. Es ist somit evident, dass die Bargeldeinführung des Euro zu mehr Preisadjustierungen als sonst üblich geführt hat. 40% aller Preise in unserem Datensatz wurden in zeitlicher

Übereinstimmung mit der Euro-Bargeldumstellung geändert, was aber gleichzeitig auch bedeutet, dass rund 60% aller Preise auf den Cent genau umgerechnet wurden und damit unverändert blieben. Bei getrennter Betrachtung der Preiserhöhungen und Preissenkungen zeigt sich außerdem, dass sich die Preisänderungen von Dezember 2001 auf Jänner 2002 ziemlich genau zur Hälfte auf Preiserhöhungen und Preissenkungen aufgeteilt und sich somit in ihrer Wirkung auf die Inflationsrate neutralisiert haben. Ein Effekt der Euro-Bargeldumstellung auf die Inflationsrate ist – zumindest im Jänner 2002 – somit aus der Grafik nicht zu erkennen; es wurden zwar in dieser Phase mehr Preise als sonst üblich angepasst, aber ebenso viele nach unten wie nach oben. Grafik 7 gibt jedoch keine Auskunft darüber, ob die Preisadjustierungen nach oben im Vergleich zu den Preissenkungen im Jänner 2002 möglicherweise ausgeprägter waren als in den anderen Monaten und sich daraus ein Effekt auf die Inflationsrate hätte ergeben können.

6 Preisniveau konvergiert europaweit langsam

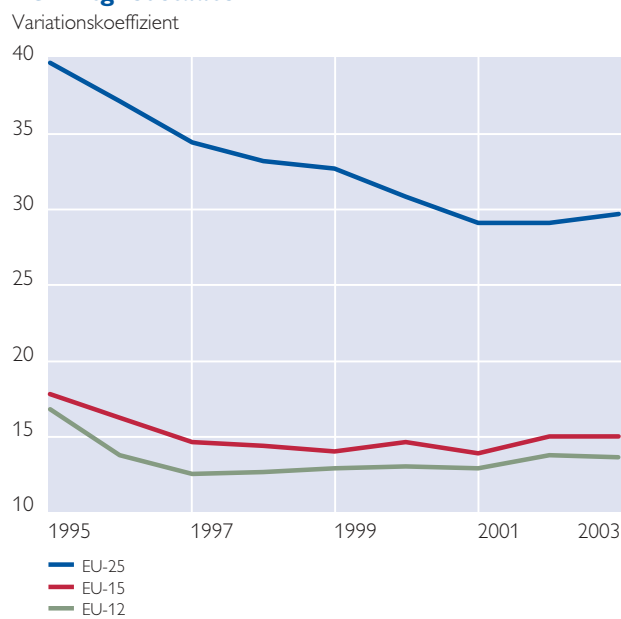
Ein einheitlicher Binnenmarkt mit vollständiger Konkurrenz unterstützt sich annähernde Preisniveaus, Preisniveau-Streuungen über Ländergrenzen hinweg sollten sich minimieren. Die Einführung des Euro sollte diesen Konvergenzprozess der Preisniveaus unterstützen und die Bedingungen verbessern. Wie allerdings eine Studie (EZB, 2002) feststellte, sind unverändert Handels- und Wettbewerbshindernisse vorhanden, es bestehen noch erhebliche Preisniveauunterschiede. Die Gründe dafür sind vielfältig: unterschiedliche nationale Einkommensniveaus, divergente Makropolitiken und Konjunktursituationen, divergierende Steuersätze, kulturell heterogen gelagerte Märkte und Marktbedingungen (von den Informationskosten bis zur unterschiedlichen Preisgestaltungspo-

litik reichend) sowie schwankende nominelle Wechselkurse.

Dennoch signalisiert eine aktuelle Analyse (Eisenrauch und Sergeev, 2004) über vergleichende Preisniveauindizes auf BIP-Ebene eine kontinuierliche – wenn auch sehr langsame – Konvergenz. Für den EU-15-Raum liegt der Variationskoeffizient (üblicherweise verwendetes Maß für Streuung und Preiskonvergenz) im Jahr 2003 bei 15, für den Euroraum bei 14; 1995 betrug der entsprechende Wert noch 18 bzw. 17. Am stärksten ausgeprägt zeigen sich die Fortschritte der Preisniveau-Konvergenz seit 1995 beim Aggregat EU-25, wobei neben der Annäherung der Preisniveaus bei den „alten“ EU-Staaten v. a. der Aufholprozess der neuen Mitgliedstaaten zum Tragen kommt. Auffallend ist, dass der seit 1995 anhaltende Trend konvergierender Preise im Jahr 2001 zum Still-

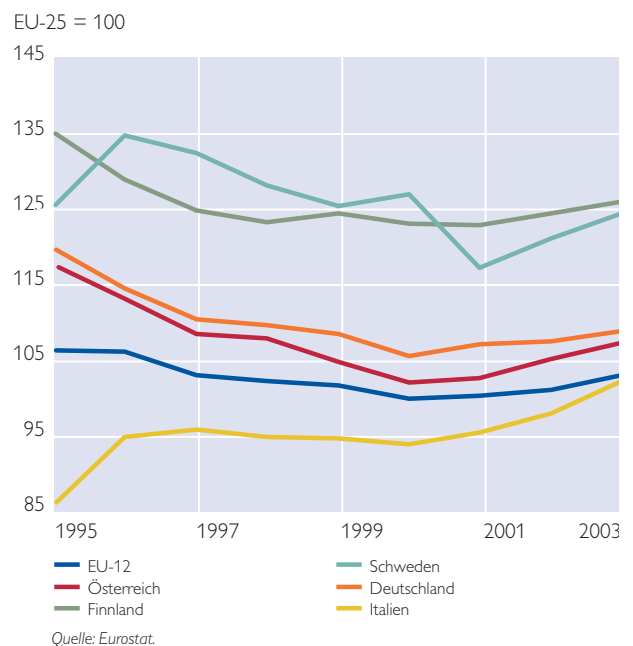
Grafik 8.1

Preiskonvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten



Grafik 8.2

Preisniveau ausgewählter Länder



stand kam und seither wieder eine leichte Divergenz eingetreten ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die jüngsten Daten vielfach vorläufiger Natur sind.

Die einzelnen Preisniveaus der Länder signalisieren einen weiteren Trend (Grafik 8.2). Volkswirtschaften mit einem hohen Preisniveau verzeichneten relativ zum EU-Durchschnitt seit 1995 einen spürbaren Rückgang, Länder mit ursprünglich niedrigem Preisniveau konnten Terrain wettmachen. Österreichs gesamtwirtschaftliches Preisniveau hat sich relativ zum EU-Durchschnitt – ähnlich wie in Deutschland – zurückgebildet. Auch für die Hochpreisländer Finnland und Schweden ist dies festzustellen. Demgegenüber kletterte Italiens Preisniveau kontinuierlich nach oben und überschritt 2003 bereits das EU-Niveau. In den letzten Jahren hat sich dieses Bild jedoch teilweise wieder verschoben und die Preisniveaus entfernen sich geringfügig vom EU-Durchschnitt. Innerhalb des Euro-raums bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede: Portugal (78% des EU-Durchschnitts) und Luxemburg (116%) bildeten im Jahr 2003 die Extreme. Allerdings hat sich die Differenz seit Beginn der WWU verringert: Betrug sie 1998 zwischen diesen beiden Ländern noch 42 Prozentpunkte, verringerte sich sie sich 2003 auf 38 Prozentpunkte. Insgesamt lässt sich somit ein – wenn auch nur sehr langsames – Zusammenrücken der Preisniveaus in Europa feststellen.

7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Auswirkungen auf die Preisentwicklung in Österreich mit dem EU-Beitritt können wie folgt zusammengefasst werden:

- Österreichs Inflationsrate bewegte sich in den letzten zehn Jahren in einem recht engen Korridor von etwas über 0% bis knapp unter 3%. Im Durchschnitt 1995 bis 2004 hat sich die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate auf 1,5% p. a. fast halbiert (1987 bis 1994: 2,7% p. a.). Österreich zählte damit zu den preisstabilsten Ländern in der EU und ab 1999 auch in der WWU.
- Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik (bis 1998 auch durch die Anbindung an die Deutsche Mark), moderate Lohnpolitik, der Qualifizierungsdruck für die Teilnahme an der WWU, Kosteneffizienz, Rationalisierungsinvestitionen, beachtliche preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowie eine Reihe von Marktöffnungen unterstützten diese günstige Preisperformance.
- Insbesondere die Deregulierung der Netzwerkindustrien führte teilweise zu signifikanten Preiseffekten, wenngleich diese – mit Ausnahme des Telekommunikationsbereichs – zumeist nur vorübergehend waren und entweder von neuen regulativen Maßnahmen oder durch Sondereffekte bei den Marktpreisen überlagert wurden.
- Die Erwartungen, dass der Binnenmarkt zu nachhaltigen sektoralen Preissenkungen führt, erfüllten sich nur bedingt. Im Nahrungsmittelsektor sind diese zwar deutlich wirksam geworden. Sie waren aber entweder nur von temporärer Natur oder wurden von Angebotschocks mit teils deutlichen Preisanstiegen abgelöst. Demgegenüber blieb der Preisauftrieb im stark dem Wettbewerb ausgesetzten handelbaren Gütersegment über die gesamte Dekade seit dem EU-Beitritt moderat.

- Im Dienstleistungssektor blieben die Preiseffekte infolge weiterhin vorhandener Hindernisse und Beschränkungen im Dienstleistungsbinnenmarkt weitgehend aus. Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen verzeichneten unverändert eine überdurchschnittliche Preisdynamik. Mehr Wettbewerb und damit auch Preiseffekte sind von den Bestrebungen der EU zu erwarten, diese Hemmnisse im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr mittelfristig auszuräumen.
- Eine Modellsimulation mithilfe eines Inflationsprognosemodells, das die Inflationsentwicklung der letzten zehn Jahre jeweils unter der Annahme mit und ohne EU-Beitritt Österreichs simuliert hat, zeigt einen inflationsdämpfenden Effekt der EU-Integration, der sich hauptsächlich in den ersten fünf Jahren nach dem Beitritt entfaltet haben dürfte. Demnach konnten die österreichischen Verbraucher durchschnittlich von einer um 0,2 Prozentpunkte niedrigeren Inflationsrate pro Jahr im Vergleich zum Szenario ohne EU-Beitritt profitieren.
- Die mit der Teilnahme an der dritten Stufe der WWU verbundene Einführung des Euro brachte keine kostenbedingte Überwälzung auf die Endverbraucherpreise. Auch unterschied sich die gemessene gesamtwirtschaftliche Inflationsrate nach der Euro-Bargeldumstellung kaum von jener davor. Überdurchschnittliche Verteuerungen bei täglich gekauften Gütern geben aber ein Indiz dafür, warum die Bevölkerung den Preisauftrieb stärker wahrgenommen hat. Die Preisanpassungen durch die Unternehmen rund um die Euro-Bargeldumstellung fanden jedenfalls zu gleichen Teilen nach oben wie unten statt und haben zu keinem erkennbaren Effekt auf die aggregierte Inflationsrate geführt.
- Europaweit haben die EU-Integration und die höhere Preistransparenz durch die WWU zu einer langsamen Konvergenz der Preise in der EU geführt. Das in Österreich vergleichsweise höhere Preisniveau hat sich in den letzten Jahren dem EU-Durchschnitt sukzessive angenähert.

Literaturverzeichnis

- Baumgartner, J., F. Breuss, H. Kramer und E. Walterskirchen. 1997.** Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. WIFO. Februar.
- Baumgartner, J., E. Glatzer, F. Rumler und A. Stiglbauer. 2005.** How Frequently Do Consumer Prices Change in Austria? Evidence from Micro CPI Data, mimeo.
- Blaas, W. und R. Wieser. 2004.** Einfluss von Wohnbauförderung und Richtwertsystem auf die Mietentwicklung. Studie des Instituts für Finanzwissenschaften und Infrastrukturpolitik der TU Wien im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.
- Böheim, M. 2002.** Ökonomische Analyse der Wettbewerbssituation im österreichischen Lebensmittel-einzelhandel. In: WIFO-Monatsberichte 5. 325–338.
- Breuss, F. 1995.** Warum und wie stark sinken die Preise durch den EU-Beitritt. In: Wirtschaftspolitische Blätter 6. 482–493.
- Breuss, F. 1999.** Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs. In: WIFO-Monatsberichte 8. 551–575.

- Camba-Mendez, G., V. Gaspar und M. Wynne. 2002.** Measurement Issues in European Consumer Price Indices and the Conceptual Framework of the HICP. Frankfurt: Kern & Birner.
- Chalopek, G., P. Rosner und W. Zipser. 1999.** Die Risiken der Deflation und Wege zu ihrer Vermeidung. Arbeiterkammer Wien.
- Dhyne, E., L. J. Álvarez, H. Le Bihan, G. Veronese, D. Dias, J. Hoffman, N. Jonker, P. Lünnemann, F. Rumler und J. Vilmunen. 2004.** Price Setting in the Euro Area: Some Stylised Facts from Individual Consumer Price Data, mimeo.
- Dirschmid, W., M. Fluch und E. Gnan. 2001.** Ökonomische Aspekte der Euro bargeldumstellung in Österreich. In: Berichte und Studien 2. OeNB. 246–269.
- Égert, B., D. Ritzberger-Grünwald und M. A. Silgoner. 2004.** Inflationsdifferenziale in Europa: Erfahrungen der Vergangenheit und Blick in die Zukunft. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/04. OeNB. 50–78.
- Eisenrauch, W. und S. Sergeev. 2004.** Kaufkraftparitäten und internationale BIP-Vergleiche für erweiterte EU, Beitrittskandidaten und EFTA. In: Statistische Nachrichten 12. 1042–1051.
- Energie-Control GmbH. 2005.** Jahresbericht 2004.
- Europäische Kommission. 2003.** KMU und die Liberalisierung netzgebundener Wirtschaftszweige: Telekommunikations- und Elektrizitätsmärkte. In: Beobachtungsnetz der europäischen KMU Nr. 3.
- EZB. 2000.** Preis- und Kostenindikatoren für das Euro-Währungsgebiet: ein Überblick. Monatsbericht August. 35–53.
- EZB. 2001.** Price Effects of Regulatory Reform in Selected Network Industries. März.
- EZB. 2002.** Preisniveauekonvergenz und Wettbewerb im Euro-Währungsgebiet. Monatsbericht August. 43–54.
- EZB. 2004.** Monatsbericht Dezember.
- EZB. 2005.** Jahresbericht 2004. 47–50.
- Haschka, P. 2004.** Verbraucherpreisindex – täglicher Einkauf und gefühlte Inflation. In: Statistische Nachrichten 3. 199–204.
- Haschka, P. 2005.** Wohnungskosten im VPI/HVPI – Preiserhebung, Qualitätsanpassung und Berechnung der Ergebnisse. In: Statistische Nachrichten 1. 33–38.
- Kratena, K. 2004.** Evaluierung der Liberalisierung des österreichischen Energiemarktes aus makroökonomischer Sicht. In: WIFO-Monatsberichte 11. 837–843.
- Pollan, W. 1998.** Preiseffekte von Integration und Währungsunion. Studie des WIFO im Auftrag des BMfWA. März.
- Pollan, W. 2001.** Preisentwicklung und die Einführung des Euro. In: WIFO-Monatsberichte 12. 189–191.
- Pollan, W. 2002.** Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung. In: WIFO-Monatsberichte 10. 633–640.
- Rat der Europäischen Union. 2005.** Tagung des Europäischen Rates (Brüssel 22./23. März 2005). Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH. 2004.** Kommunikationsbericht 2003.
- Schneider, M. 2004.** Auswirkungen von Erdölpreisänderungen auf Wachstum und Inflation. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q2. OeNB. 29–39.
- Statistik Austria. 2005.** Verbraucherpreisindex – Jahresdurchschnitt 2004, Hintergrund und Analyse. Pressekonferenz 20. Jänner.
- Statistisches Bundesamt. 2005.** Preise in Deutschland.